

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag
Bezugspreis vierteljährlich 3000 M.

Einzelnummer 300 M. (nur gegen Voreinsendung des Beitrags)

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kämmer
Schriftleitung und Verstandsstelle: Stuttgart, Altestraße 16
Fernsprecher Nr. 8800 — Postfachkontor Stuttgart Nr. 6805

Zugelassene Gebühr für die schriftgefasste Kolonialzeitung
oder deren Raum 2000 M.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme

Nutznießung des Ruhrkrieges

Bei den schweren Opfern, die die deutsche Arbeiterschaft durch die Ruhrbesetzung bringen muß, ist es nur natürlich, daß man sich fragt, was denn das Unternehmertum und der Besitz jetzt für das Vaterland opfert. Wenn man von allen Seiten predigt, daß jetzt die Gegenseite schweigen müssen, ist die Frage wohl berechtigt, wie sich die bürgerlichen Gruppen verhalten. Die Ruhrbesetzung hat zweifellos den Druck auf die Wirtschaft verstärkt. Es bleibt festzustellen, daß die industrielle, technische und privatwirtschaftliche Bedrängnis so groß ist, daß auch für manche Unternehmergruppen und die letzter industrieller Werke ungeheure Schwierigkeiten entstanden sind. Aber es bleibt gleichfalls richtig, daß die Unternehmer ihre Schwierigkeiten völlig auf den Staat abgewälzt haben.

Der Abbauder Kohlensteuer sollte der Wirtschaft neue Abschöpfmöglichkeiten schaffen. Über hat sich diese Steuerermäßigung voll im Kohlenpreis ausgewirkt? Der Rückgang des Kohlenpreises ist mehr auf die allgemeine Preisentwicklung, als auf die ermäßigte Kohlensteuer zurückzuführen. So hat der Staat, die Allgemeinheit, geringere Steuereinnahmen auf sich genommen, aber das Opfer war umsonst, da der Einnahmeausfall durch größeren Notendruck weitgemacht werden muß.

Die Kohlensieder ist gestundet worden, weil die Kapitalschwierigkeiten der Unternehmungen im Ruhrgebiet dadurch gewachsen sind, daß die Zollschranke einen Verband der Ruhrprodukte unmöglich gemacht hat. Der Fortgang der Produktion war deshalb abhängig von weiteren Kapitalmitteln, die den Unternehmern zugänglich gemacht wurden. Aber wie kann erklärt werden, daß trotz dieser Stundung große Ruhrunternehmer dazu übergehen können, jetzt die Mittel flüssig zu machen, um im Ausland Kapital anzulegen? Stinnies hat in dieser Zeit, um nur einen Fall zu nennen, 100 000 Gulden geopfert, um sich an einem holländischen Handelsunternehmen zu beteiligen.

Wenn dergleichen schon möglich ist, dann muß man noch mit größeren Zweifeln fragen, nach welchen Richtlinien die Reichsregierung den Unternehmern im besetzten Gebiet credite gibt. Die Kreditbewilligung an sich ist wirtschaftlich verständlich und notwendig. Das Reich ist gewissermaßen der unsichere Käufer der Ruhrproduktion. Es stellt den Unternehmungen die Mittel zur Verfügung. Aber hat es auch eine Kontrolle über die Verwendung dieser Mittel? Dr. Felix Pinner schrieb am 21. April im Berliner Tageblatt,

dab manche Ruhrindustriellen die reichen Kreide, die man ihnen zum Zwecke der Fortführung der Lohnzahlungen gewährte, und ebenso Kreditschätzungen für beschädigte Automobile oder sonstige Betriebsgegenstände dazu benützen, Devisen anzuhauen und somit ihrer Kraft auf den Devisenmarkt auszuüben, der schließlich der Kursprüfung gefallen wurde.

Wenn das mit der Wahrheit übereinstimmt, so ist es ein großer Skandal.

Die den Unternehmern bewilligten Kredite für die Wirtschaftsschwierigkeiten des Ruhrgebiets finden gegenwärtig vielfach Verwendung für technische Verbesserungen der Betriebe. Der ständige Ruhrberichterstatter des Berliner Tageblatts schreibt:

In diesem Augenblick erfüllen sich viele Träume der Betriebsdirektoren. Die siebenjährige Arbeit der letzten Jahre hat die Lage der Anlagen über und unter der Erde zurückerobert. Die Bergleute räumen auf, gründlich. Aber außerdem werden neue Stollen geschlagen, sogar Schächte gebaut, Bahnen gebaut, zum Teil sehr umfangreiche Anlagen.

Es ist hohe Zeit, daß das geschieht, denn die Gewinne, vor allem die der Großunternehmungen, haben in den letzten Jahren nicht Verwendung gefunden in der Verbesserung der Betriebe. Es sind vielmehr manchmal sinnlose Anlegungen, Aufläufe, Interessengemeinschaften anderer Werke vorgenommen worden. Das Reich muß aber bei der Kreditvergabe erwarten, daß sich diese Betriebsverbesserungen und technischen Neuanlagen auswirken in niedrigeren Preisen für Kohle und Eisen. Die hohen Kohlen- und Eisenpreise wurden nicht zuletzt begründet mit dem Hindernis auf Bewertungen, die durch ungemüngende technische Einrichtungen notwendig werden. Es darf keinesfalls vorkommen, daß sich dieser Kredit als ein Geschenk an die Unternehmer auswirkt.

Man muß überhaupt sagen, daß die Unternehmer auf allen Gebieten den unverantwortlichen Kampf der Ruhrarbeiter für ihre Konkurrenz ausnutzen. In der Zeit wo alle Augen gespannt nach der Ruhr blickten, haben die Industriellen auf dem Gebiete der Außenhandelskontrolle die Überwachung wenn nicht zum Scheitern gebracht, so doch ganz entscheidend geschmälert. Ausfuhrstellen sind für Waren ausgestellt worden, die trotz der Ausfuhrabgabe noch ausführfähig waren. Der Kampf wurde sehr grundsätzlich gegen die Überwachung, als aus Gründen der Absatzschwierigkeiten geführt. Und auch wenn diese vor-

handen sind, ist die Preiserhöhung für Rohstoffe wirtschaftlich wirksamer, als die Aufhebung der Ausfuhrabgabe.

Diese Maßnahme bedeutet für das Reich einen Aussall an Devisen und für die Reichsbank eine vermindernde Möglichkeit der Marktstützung. Wie stellt man sich überhaupt die Machtmittel des Staates vor? Man verläßt sich auf den Notendruck. Der Nachtragsetat des Reichsfinanzministeriums stellt für das Jahr 1922 einen Fehlbetrag von über 7000 Milliarden Mark fest. Das alles soll die Notenpresse schaffen. Die Ausgaben des Reiches betrugen im Februar 1821 Milliarden, die Einnahmen nur 314 Milliarden. Die tägliche „Produktion“ von 100 Milliarden Papiermark schafft das mit Leichtigkeit. Im Monat März sind an Steuern eingegangen vom Rohrzug über 179 Milliarden, vom Einkommen aber bloß etwa 10 Milliarden. Somit haben die Lohn- und Gehaltsempfänger das Achtzehnsache bessert für die Staatsausgaben beigesteuert, was vom Besitz bezahlt wurde. Das führt zum Ruin! Das lädt den Widerstand! Das zeigt der Arbeiterschaft, daß der Besitz kein Opfer bringen will.

Der einzige Erfolg der Wirtschaftspolitik der gegenwärtigen Reichsregierung war die Stützungsaktion der Mark, auch sie ist jetzt zusammengebrochen. Noch ist nicht vollkommen klar, ob die Reichsbank von dem neuen Marktsturz völlig überrascht worden ist. Gewiß ist nur, daß sich die Reichsbank es viel kosten ließ, die Dollarsteigerung zu verhindern. Zu den 164 Millionen Goldmark, die bereits im Ausland hinterlegt wurden, sind weitere 20 Millionen nach Stockholm und in die Schweiz geschickt worden, und aus dem Ausland wird gemeldet, daß weitere Goldsendungen vorbereitet werden. Wie wissen, daß der Stand der Mark von vielen Einflüssen abhängig ist. Aber auch der Regierungssitz muß jetzt eingestanden werden, daß weder der Gegendruck vom Auslande her, noch der sog. natürliche Devisenbedarf der Industrie am neuen Marktsturz die Schuld trägt, sondern daß innere Kräfte am Werk waren, die Mark zu entwerteten. Der Reichsbankpräsident Hakenstein, der nicht der Vereinigungsgemeinschaft gegen die Schwerindustrie verdächtig ist, mußte in seiner Auflagerede gegen die Mauwürze der Markstabilisierung sagen, daß „im eigenen Land wieder die Sonderinteressen sich zum Schaden des Ganzen im stärkeren Maße betätigten“ und daß Ansprüche an den Devisenmarkt gestellt wurden in einem Umfang,

der weit über den normalen Bedarf unserer Wirtschaft hinausging, und daß nicht nur jene Lagespekulation ihren eigenen Niederrutsch, sondern daß in dieser Zeit des schwersten Ringens Deutschlands auch ernste Kreise unserer Wirtschaft das Recht zu haben glaubten, sich nicht nur für den zwingenden Bedarf einer nahen Zukunft, sondern auch weiterhin auf Kredit oder für Devisen, die sie abgestoßen hatten, mit großen Beträgen einzubinden und selbst vor Konzernausträgen (Großausträgen) nicht zurückshüten.

Das sagt Habenstein, der Freund der Unternehmer. Es wird behauptet, daß ein bedeutender Kongern außerhalb der Börse Stunden und also außerhalb der dämpfenden Kontrolle der Reichsbank nach dermaßen hohen Devisenbeträgen Umfrage hielte, daß die Mark von neuem einen Stoß erleidet. Und weiter wird behauptet, daß das der Stinneskonzern war. Auch wenn es nicht zum ausgeschlochenen Zweck geschah, die Mark von neuem wieder zu stützen, auch wenn nur die Devisen für neue Auslandseroberungen bestimmt waren, das Verbrechen ist in beiden Fällen groß.

Braucht die Industrie für die wichtigsten Einfuhren neue Devisenkäufe? Sind keine Bestände vorhanden? Der erste Abschluß einer Großbank, die Bilanz der Berliner Handelsgesellschaft stellt fest, daß das Devisenverrechnungskonto, das für fremde Rechnung geführt wird, 28,59 Millionen Goldmark beträgt (zum Dollarsatz des Bilanztermins umgerechnet), sind das mehr als 50 Milliarden Papiermark (1921), während die gesamten Papiermarkeinlagen nur einen Umsatz von 27,64 Milliarden Mark erreichen. Es sind also Devisen da. Und wenn erwiesen ist, daß der Marktsturz absichtlich herbeigeführt wurde, so verpflichtet diese Feststellung die Regierung zu einem rücksichtslosen Eingreifen gegen diese Verbrenner an der deutschen Wirtschaft. Hierdurch wird auch die von den Gewerkschaften längst vertretene Behauptung bestätigt, daß Goldanleihe und Stützungsaktion allein die Markstabilisierung nicht gewährleisten, sondern daß dazu die Heranziehung der gesamten Devisenvorräte notwendig ist.

Bei einem schwer gesunkenen Reallohn bedeutet jede neue Markver schlechterung und die damit in einer unnatürlichen Logik verbundene sofortige Preissteigerung eine neue Belastung der arbeitenden Bevölkerung. Wer zahlt die Ruhrzucker? Die deutsche Volkswirtschaft, deren Gefüge durch eine falsche Wirtschaftspolitik des Reiches und durch die privatwirtschaftlichen Einbrüche des deutschen Unternehmertums ständig gelödet wird. Vor allem aber die deutsche Arbeiterschaft, die alle Kosten tragen muß. Dr. G.

Der Mai und die Ruhrarbeiter

Wieder lockt der Mai, lädt der Frühling. Der Ruhrbezirk kennt förmliche Ehrenwälder mit Rhododendron und Staubregen, in das Blüten der Seilscheiben der Zechen greift die Flammenpracht der Hochöfen. Aber so vertraut dem Ruhrarbeiter diese Reichen auch sind, er weiß auch, daß im Bezirk dieses wuchtig und lebensstark pulsenden Heimatmenschen Deutschlands schweigend atmende Walber Wacht halten, er sieht das Land mit den lastenden Ebenen, mit seinen Hügeln und Bergen und den reiz- und summungsvollen Flussläufen.

Aber jetzt startet der Ruhrbezirk schon monatelang im fall bannenden Rüstzeug finsternen Barbarenum. Das arbeitende Volk soll durch die Gewalt des Militarismus mit Tanks und Kanonen „überzeugt“ werden. Und da sich dem mittelalterlichen Ungetüm kein gleicherart aufgetakelter Gegner stellt, spielt der französisch-belgische Militarismus einsweiseinjektionen einen Ringkampf mit sich selbst. Amor brüllt der fremde Ruhmstrichterhalb ein übers andere mal in die Welt: „Wir haben das reiche Ruhrgebiet im Besitz,“ wir haben „die Hand darauf“, aber seine stärker werdende Unruhe bereift doch wieder den alten Saß, man sich auf Bayonetten nicht sehen kann: der tote „Besitz“ ist eine Last, wenn man ihn nicht nutzen kann! Und bei dieser Nutzung spielt das arbeitende deutsche Volk und besonders die Ruhrarbeiterchaft denn doch eine ganz erhebliche Rolle mit.

Das spüren die Besitzgeber der Eindringlinge gut genug. Sie versuchen nur in ihrer Verblendung durch Steigerung der Gewalttat das Heer der lebendigen Arbeit märteln zu machen. Auf ihre Rechnung werden die Unternehmer nicht kommen. Wohl aber liegt nahe, daß die gierige Überspannung des Machtkreises doch früher oder später auch bei den französischen Imperialisten in ihr Gegenteil umschlägt. Der erste Profitkrieg der Imperialisten und Kapitalisten untereinander läuftet die Arbeiterschaft wenig und sie wäre ganz einverstanden, wenn sich dieses Raubgeächt ebenso selbst gegen seitig um die See drückte, wie sie dies Vergnügen dem Gotlesgnadentum der Fürsten früher gewünscht hat. Es handelt sich aber um die Lebensnotwendigkeiten des arbeitenden Volkes, um die Seele der Seele, die sie auf die „Väter von morgen“ führen, die das alte moralische Ding, den Staat“ auszumachen wollen. Dieses Ziel hat das Proletariat gegen die im Lande erbetene Imperialisten und Monarchen Jahrzehntlang mit aller Kraft und Leidenschaft geschützt und gepflegt und es kann gegen die fremden Besetzungsländer nicht anders vorgehen.

Ob auch Todesstrafen gegen die Arbeiter angedroht werden, ob man sie in noch größerer Zahl aus den Wohnungen und aus dem Bezirk verjagt, ob man den Arbeitern die Motorwaffen vor die Brust hält und die Dampfkessel in die Gefahr der Explosion bringt, ob man selbst, wie in Essen, Totenopfer in großer Zahl mit einem Schlag aufbaut, all das wird nie von der Ruhrarbeiterchaft als Recht hingenommen werden. Aber sie wird noch erbitterter in ihrer Abwehr, in ihrem friedlichen Kulturskampf für das Wohl der Heimat, des Landes, ja der ganzen stehenden Welt.

Europa muß endlich, wenn es weiter Weltgeltung behalten will, die entschlechte Eisenfertigung ablegen und die Kräfte nicht an den Pfing auf das Land und an die Maschinen in der Fabrik stellen. Das ist notwendig, damit sich die Not wendet und der Mai und der Frühling der Menschen wieder in Harmonie zur allgemeinen Natur kommen.

Das ist die weltwendende Bedeutung des füllen, in der Tiefe wirkenden, verheizungsvollen Abwehrkampfes der Ruhrarbeiter schaft.

Freilich sind auch bei uns die alten militärischen Unterstanen, wie sie Heinrich Mann anschaulich schildert, noch nicht ausgestorben. O nein, sie gehen wieder um, jene Spießbürgertum, die Brust vom Starbherge geschwelt und reden große Lüne von der größten Durchsetzung, die unsere Soldaten gemacht, als sie die Waffen fortgeworfen und was sie alles für Heldentaten verrichtet würden, sofern nur... Es sind die gleichen Muttertöchter, die 1914 den Krieg als eine an Fahrt und Zwecken etwas erweiterte Reisetour ansahen und schon bald wieder „in der Heimat, in der Heimat“ ein Wiedersehen zu erleben gedachten. Diese „gut bürgerlich“ erzeugten Söhne, die ihnen der Weltkrieg nicht den Gefallen tat, sie nach ein paar Monaten flog und ruhig wieder in der Heimat paradierten zu lassen.

Es muß auch bei uns immer wieder an den Tatsachen nachgeprüft werden, ob die hier und da aufgemachten Rechnungen stimmen. Nicht darauf kommt es ja entscheidend an, ob England oder Teile des englischen Volkes nicht wünschen oder nicht wollen können, daß sich Frankreich an der Ruhr „festsetzt“, sondern darauf, wie weit dieser Wunsch und Wille im Gesamtspiel der Kräfte wirken und die Beziehungen mitgestalten. Hat alle politischen Fehler röhren daher, daß immer der eigene Wunsch zumal das stärker sieht, was einem passt und zu wenig das Gesamtverhältnis aller Kräfte beachtet. Unsere Vernunft muß wie ein Scheiterker beständig das Feld der Tatsachen ableuchten und abhüten und gleich die Hebel des Bewußtseins und des Willens umstellen, wenn sich die Lage verändert. Da sind Klarheit und geistige Gelassenheit nötig. Ansonst laufen wir wie der Hund „grundlos“ weiter in alter Richtung, wenn der Hase längst eine Wendung gemacht hat!

Sehr wahrscheinlich wird es ja aber doch irgendwann über die Gefangen Deutschlands und die Regelung im Ruhrbezirk zu Verhandlungen kommen, und feste Verhältnisse tun uns gewiß bitter not, wobei es viel darauf ankommt, was, wann und wie Deutschland gehalten soll. Aber dann hat das arbeitende deutsche Volk den großen Hoffnungsschatz stimulierenden Erfolgen seiner Technik sowie den noch zunehmenden Erfolgen seiner Chemie. Technik und Chemie können Wunderdinge erreichen, sie sind voll kann geahnter Möglichkeiten. Aber natürlich müssen sie nun haben, und dazu gehört die natürliche Arbeitsfreude.

Fasizismus und Gewerkschaftsbewegung in Italien

Von Ludvico D'Arragona, Sekretär des italienischen Gewerkschaftsbundes

Die Besiegung der Fabriken war der Höhepunkt des raschen Aufstieges des italienischen Proletariats. Die kapitalistische Bourgeoisie, die in den Jahren 1919 und 1920 täglich den Ausbruch der Revolution und die Errichtung des kommunistischen Staates ansagte, präsentierte in ihrer Presse die "Vernunft" und die "mütige Haltung" des gemäßigten Flügels der sozialistischen Partei und der Führer des Gewerkschaftsbundes, die durch ihren offenen Widerstand gegen die kommunistischen Vorschläge der Unbesiebtheit bei der Masse getroffen hatten. Die Räumung der Fabriken, vorgenommen infolge eines Beschlusses des Vorstandes des Gewerkschaftsbundes und der Verabsiedlung der Metallarbeiter, bezeugte, dass die arbeitenden Schichten Italiens bei weitem nicht geneigt waren, der Taktik der Linken radikal zu folgen.

Owwohl die Bourgeoisie den Fasizismus von seinem Anfang an gefordert, hatte sie sich doch, um sich nicht bloß zu entstellen, von ihm ferngehalten. Nachdem aber im November 1920 im neuen Gemeinderat von Bologna ein bürgerlicher Vertreter von einer unbefannten Person getötet worden war, gab die Bourgeoisie ihr Zögern auf. Ihre Presse ermutigte und billigte die faschistische Gewalttätigkeit gegen die Arbeiter. Die Grundbesitzer, die es im Kriege mit der Neutralität hielten und dem Lande weder Leute noch Geld im Verhältnis ihrer Fähigkeit gegeben hatten, wandten sich besonders begeistert dem Fasizismus zu.

In der Stunde des Schreckens und der Gewalt löste Mussolini die Kammer auf. Das Ergebnis der Neuwahl war, sowohl die Arbeiter in Frage kamen, praktisch so wie bisher, während etwa 30 Faschisten ins neue Parlament einzogen. Einige Monate später versuchte der Führer der Faschisten, Mussolini, die agrarische Strömung, die in der faschistischen Bewegung die Oberhand zu bekommen schien, zu hinterreiben. Er schrieb mütige Aussätze gegen die "Anhänger der ersten Stunde" und unterstützte die Zwischenheiten der ausschließlich arbeiterfreudlichen Agrarpartei. Zu dieser Zeit (August 1921) wurde eine Art Friedensvertrag zwischen Faschisten und Sozialisten geschlossen, den auch Vertreter des Gewerkschaftsbundes unterzeichneten. Das Abkommen, auch von Mussolini gebilligt und von den Sozialisten eingehalten, wurde von der Agrarpartei der Faschisten missachtet.

Nach der Verstörung der Kooperativ-Genossenschaft in Ravenna, eine der mächtigsten Arbeiterorganisationen Italiens, verkündeten die Gewerkschaften den Generalstreik, um die Behörden zu veranlassen, dass sie alle Bürger zur Beobachtung der Gesetze zwingen. Der Streik war erfolgreich, aber auch ein falscher Antrieb zu reaktionären Missstufen. Was in den zwei Jahren ununterbrochener Gewalttätigkeit noch erhalten geblieben, ging unter in den Tagen, die dem Generalstreik folgten. In den Monaten August, September und Oktober (1922) fanden die Zusammenkünfte, Besichtigungen und Manöver der faschistischen militärischen Kräfte statt. Als bei Eröffnung des Parlaments der Rücktritt der Regierung Facta angekündigt wurde, gab Mussolini den Befehl gut

Mobilisierung der faschistischen Truppen,

die ihrem Höhepunkt in dem Marsch auf Rom erreichte. Die zurücktreitende Regierung trachtete, die Austrittsbewegung durch Verhängung des Standorts zu ersticken. Da aber die Gerichte, Behörden, Bahnhöfe und Kasernen von den Faschisten besetzt und die Presse unterdrückt war, schließlich auch das Standrecht zweie Stunden nach seiner Bekündung wieder aufgehoben wurde, war es dem Faschismus leicht, den Staat gut übergeben zu bringen. Der faschistische Führer wurde vom König mit der Bildung des Ministeriums betraut.

Mussolini hatte in der Zeit seiner faschistischen Tätigkeit verschiedene Male auf die Möglichkeit einer Verständigung mit dem Gewerkschaftsbund hingewiesen. Wenn er auch keine Einigung zu seinen großen Organisationen haben konnte, so hatte er jedenfalls Respekt vor ihnen. Bei verschiedenen Gelegenheiten hatte er durchblicken lassen, dass wenn der oben erwähnte Vertrag mit der sozialistischen Partei ausgehöhnen werde, sich die Haltung der faschistischen Bewegung den Gewerkschaften gegenüber ändern könne. Da nun aber das Parteihaupt zum Hause der Regierung geworden, hatte er den Weisungen seiner Partei zu folgen. Dies mag die Ursache der Gesinnungsänderung Mussolinis sein.

Auf meine Rede in der Kammer am 17. November erwiderte Mussolini: "Wir beachtigen nicht, eine arbeiterfreudliche Politik zu treiben, da das unsinnig wäre. Lasst uns daran erinnern, was ich oft gesagt habe, dass es für die Nation keine materielle oder moralische Größe geben kann, wenn die Arbeiter unzufrieden, erniedrigt, unwissend und in einem Dauerzustand geistiger Unrat sind." Diese Erklärung wurde, obwohl dehnbar, weniger als die Verstärkung einer freudlichen Haltung angesehen, wohl aber als ein Versprechen der Regierung, dass sie keine Gewerkschaft verfolgen wolle, die dem Gewerkschaftsbund angehört. Gegen Mussolinis Stellungnahme erhob sich die faschistische Gewerkschaftsbewegung. Sie forderte:

1. Gesetzliche Anerkennung der Gewerkschaften unter Ausschluss jener, die irgendeine internationale Beziehung haben;
2. Ausschließung von den beratenden Körperschaften des Staates aller Vertreter von Arbeiterorganisationen, die nicht auf dem Boden des nationalen Grundsaches stehen.

Die Regierung nahm das Verlangen der faschistischen Vereinigung an und ist nun dabei, die dadurch bedingten Maßnahmen nach und nach anzumachen.

Auf dem Gebiete der Finanzen hat die Regierung eine Steuer von 10 v. H. auf den Lohn der in öffentlichen Diensten beschäftigten Angestellten eingeführt. Es sind Pläne in Vorbereitung für die Übersiedlung der Eisenbahn, des Telefons, der Schifffahrt, der Häfen und Lebensversicherungen in Privathände. Die faschistische Regierung möchte im Staatshaushalt, der zurzeit einen Fehlbetrag aufweist, zu sparen. Sie will das Ziel erreichen durch Einschränkung der öffentlichen Arbeiten auf das Mindestmaß, dann durch

Verlängerung der Arbeitszeit der Angestellten

und Entlassung eines großen Teils des von der Staatsverwaltung beschäftigten Personals. Auf Befehl des Hauptes der Regierung wurde die als Königliche Garde (Guardia Regia) bekannte Polizeistruppe ausgelöst, um aus Faschisten eine Miliz der nationalen Verteidigung, zur "Verteidigung von Gott und dem Vaterlande" zu bilden.

Die nichtfaschistischen Gewerkschaften haben keinerlei Handlungsfreiheit, besonders nicht in den kleinen Landorten. Die faschistische Vereinigung strebt unter dem faschistischen Parteibanner Unternehmer und Arbeiter in ein und derselben Organisation zu vereinigen, alle andern aber in den Bank zu tun.

Der Italienische Gewerkschaftsbund steht unzweckmäßig in einer seiner schlimmsten Krisen. Obgleich seine Ortsgruppen ruiniert oder auseinandergetrieben und fast alle leitenden Leute verbannt oder gezwungen sind, sich von der Bewegung zu trennen, obgleich die gewerkschaftliche Tätigkeit praktisch unmöglich gemacht ist, ist der Bund nichtsdestoweniger das Feuerzelchen, worauf sich die Augen der italienischen Arbeiter richten. Dies beweist die Unabhängigkeit vieler Arbeiter, die, obwohl sie in die faschistischen Gewerkschaften gezwungen wurden, in Verbindung mit uns bleiben selbst auf die Gefahr hin, deswegen Verfolgungen erdulden zu müssen.

Der Gewerkschaftsbund hat einen erheblichen Teil seines Mitgliederbestandes verloren. Die Reaktion im Verein mit der Wirtschaftskrise verhinderte die Mitgliederzahl von etwa 2 500 000 in 1920 auf 1 200 000 in 1921 und um wenigstens als eine Million in 1922.

Nach dieser flüchtigen Betrachtung der zwei Jahre voller Elend, Leid, Gewalt und Blutvergießen kann man nicht umhin, zu fragen:

Wohin steuert der Faschismus?

Es sind sicherlich Zeichen vorhanden, die auf baldigen Fall dieser verwiderten und widerprüchsvollen Bewegung deuten. Das Vorhandensein von Unternehmern und Arbeitern in einer Körperschaft macht es unmöglich, Streitigkeiten zu verhindern. Der Faschismus wird, wie es schon in manchen Beiträgen vorkommt, gezwungen sein, zu bekennen, wie er es wirklich mit der Arbeiterklasse hält. Der Block, der nach außen einen Granatfelsen giebt, zeigt schon Risse, die mit der Zeit wahrscheinlich breiter werden. Wird der reaktionäre Flügel die Oberhand erhalten und in der Ausführung und Verjährung des jetzigen Programms der Regierung fortfahren? Was nicht gerade unwahrscheinlich ist in Anbetracht des Einflusses dieser Gruppe.

Allein, jener Flügel, der ernstlich glaubt, er habe eine politische Revolution dadurch vollbracht, dass er die alte regierende Klasse besiegt und an deren Stelle das gerade aus der Kriegsqual gekommene Geschlecht setzte, dürfte sich vom Block abspalten und mehr und mehr dem Ideal der Freiheit und Demokratie zuwenden, die allein einen wirklichen Schutz der zivilisierten Völker und die unerlässliche Voraussetzung ihrer Entwicklung darstellen.

Wir müssen Vertrauen in die Richtigkeit unserer unsterblichen Grundsätze haben. Des Gewerkschaftsbundes Geschicht, die von seiner Richtigkeit, seiner Ernsthaftigkeit, seiner Standhaftigkeit zeugt, ist die beste Bürgschaft dafür, dass er dem Proletariat Lebensnotwendig ist. Der Bund hat bei allen seinen Handlungen sein ruhmvolles Votum nicht um einen Poll gesetzt. Er hat von der faschistischen Regierung seinerzeit Schutz, Sicherheit und Kunst verlangt, sondern nur die Wiedereinführung der einfachsten Freiheiten, die Beobachtung der Landesgesetze von jedermann, die Beendigung der Gewalt, kurz die Herstellung des Standes der Dinge gefordert, die für das harmonische Zusammenleben von Menschen, Organisationen und Parteien unerlässlich ist.

genommen hat. Allein in den Vereinigten Staaten werden jährlich etwa 2 500 000 Tonnen Stahl mit Ferrit-Eisenteiglungen gehandelt. Obwohl das Titan weit verbreitet ist, so findet man es doch höchst selten in größter Menge an einem Ort, mit Ausnahme der titanhaltigen Eisenteiglager.

Im frisch gefüllten Holz sind die Zellen mit einem hauptsächlich aus Wasser bestehenden Saft angefüllt, der etwa 40 v. H. des gesamten Holzgewichts ausmacht und eine Reihe Verbindungen enthält, die sich im wesentlichen in zwei Gruppen einteilen lassen, die sauerstofflichen und die verhorizontalen Substanzen. Beim natürlichen Ablagern oder Altern von Holz verliert dieses allmählich Wasser, die sauerstofflichen Stoffe werden in Wasser umgewandelt und die verhorizontalen Substanzen werden durch Oxydation in feste Körper übergeführt. Nur die eigentlichsten Fasern des Holzes bleiben unverändert. Diese Umwandlungen sind von einer allmählichen Änderung der dichten Form begleitet; das Holz schwimmt und wenn die Prozess des Alterns unregelmäßig verläuft, kann zuweilen auch eine Verzerrung eintreten, zum Beispiel kann sich eine ebene Oberfläche nach und nach wölben. Die Räume, die die Bewegung ungenügend abgelagerten Holzen mit sich bringt, sind bekannt. Will man die Räume vermeiden, so darf man nur Holz verwenden, das infolge der Oxydation gewisser Bestandteile des Zellstoffes einen Zustand der Stabilität erreicht hat. Diese Stabilität wird nur sehr langsam erreicht, was schon darauf hindeutet, dass Holz selbst bei dreijähriger Luftrichtung immer noch unveränderte Stärke und nicht oxydierte Harzstoffe enthält. In manchen Industriegebieten, wie bei der Herstellung von Kästen, kommt es nicht selten vor, dass das Holz vor seiner Verarbeitung mindestens 10 Jahre im Freien gelagert wird. Holz, das man auf die natürliche Weise altert, stellt ein nicht arbeitendes Lager her, was sich alles an eigneten künstlichen Mitteln anwendet. In der gegenwärtigen Zeit ist die Frage des Alterns von besonderer Bedeutung, da während

An die Deutschen. Neden

Die Auswanderlust nimmt allgemein zu, wie eine jetzt steigende Zahl von Anstalten an uns erkennen lässt. Die Schiffslieferung wird gefragt nach Aus- und Einwanderbestimmungen, Fahrspreisen, Schiffslisten, Kostbarkeit von Fahrten, Wohnverhältnissen, Klima und Bodenbeschaffenheit von einem Land und noch mehr Ländern, dann soll sie, die Schiffslieferung, offene Stellen für diesen oder jenen Beruf im Ausland angeben, auch Firmen namhaft machen, die ein paar hundert Dollar zur Kreuzfahrt vorschreiben, und schließlich soll sie für alle Erdteile zuverlässige Kollegen nennen, die den Ausländer empfangen und ihn auf seinem ersten Wege in der fremden Welt helfend, ratend und geldspendend begleiten.

Die Schiffslieferung hat bis jetzt versucht, den Briefschreibern möglichst günstig zu werden. Das wird ihr später kaum noch möglich sein, da ihre ohnehin knappe Zeit es einfach nicht mehr gestattet. Schließlich ist eine Schiffslieferung keine Auswanderstelle. Um den Deutschlandmännern als auch uns Mühe zu sparen, seien einige allgemeine Vermehrungen gemacht.

Jede Kennt vom Ausland, die unsern Kollegen irgendwie von Nutzen sein kann, wird in der Metallarbeiter-Zeitung veröffentlicht. Dann ist es zwecklos, nach Firmen zu forschen, die die Überfahrt bezahlen. In dieser Hinsicht sei, soweit die Vereinigten Staaten in Frage kommen, folgendes gesagt: Wer in diesem Land mit einem Vertrag mit irgendwelchen Firmen kommt, wird als Kontraktarbeiter betrachtet und rücksichtlos deportiert, außerdem der Unternehmer noch bestraft. Aus diesem Grunde hüten sich die Unternehmer, einen Vertrag abzuschließen, wenn aber doch, hätte es für den Einwanderer nicht den geringsten Zweck. Weiter sollte jeder sich die Auswanderlust abgewöhnen, der nicht selbst das Geld für Überschiff, Kopfschiff usw. besitzt oder es nicht von einem Verwandten beschaffen kann. Der gewöhnliche Mann braucht für Nordamerika mindestens 150 Dollar. Weiter muss jeder, wenn er einen amerikanischen Konsul um die Einreiseerlaubnis (Visum) angeht, eine Erklärung (Affidavit) vorlegen, die ein amerikanischer Bürger vor einem öffentlichen Notar in den Vereinigten Staaten an Eidesstatt abgegeben hat, wonach der Bürger sich verpflichtet, für den Unternehmer des Einwanderers solange zu sorgen, bis sich dieser ernähren kann, damit der Einwanderer nicht dem Staat oder einer Gemeinde zur Last fällt. Dieser Bürger muss selbstverständlich auch den Nachwuchs erbringen, dass er vermögend genug ist. Die gesundheitliche Untersuchung ist äußerst streng. Wer mit körperlichen Fehlern oder Schäden behaftet ist, braucht sich gar nicht erst zu bemühen.

Herner ist es ganz zwecklos, unsere Brüderverbände im Ausland mit Geschenken um Stellenversorgung und Bergleichen zu belohnen, da sie aus handgreiflichen Gründen wenig Neigung haben könnten, die Absichten zu erfüllen.

Zum Schluss möchten wir daher dringend bitten, bei uns nicht nach offenen Stellen oder nach Reisegeholde spendenden Firmen zu fragen, da wir solche nicht kennen und nicht beschaffen können. Fahrspreise und ähnliches sind bei der nächstbesten Agentur einer Schiffsgesellschaft einzuholen. Aber die Einwanderbestimmungen gibt der Konsul des betreffenden Landes am ehesten und sichersten Auskunft. Wer sich in anderer als den genannten Dingen an die Schiffslieferung wendet, kann Antwort nur erwarten, wenn er einen Freiwilligen Schlag als auch seine Mitgliedsnummer belegt. Um Sicherung dieses dessen sei noch einmal eindringlich erachtet.

Volksbegehrten nach Siedlungsland und die USPD

Der Reichsbund für Siedlung und Pachtung hat beim Reichskanzler einen Gesetzentwurf eingereicht, der die Verwendung von Siedlungsland fordert und gleichzeitig einen Volksentscheid über den Entwurf beantragt. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei teilt in einer längeren Darlegung den Mitgliedern mit, dass er nicht empfehlen kann, sich durch Einziehung in die Eintragungssachen an dem eingeleiteten Volksentscheid zu beteiligen. Dagegen wollen wir nicht sagen, denn auch unser Vereinstand dank des Entwurfs nicht das Richtige. In seiner Darlegung berichtet der Parteidirigent, dass er bereits aus eigener Initiative die Frage der Bodenreform in Fluss gebracht habe. Diese Neugestalt dürfte die zahlreichen Gewerken freuen, die die Regelung dieser wichtigen Sache für sehr dringlich halten. Wir meinen, ihre Freude wird noch größer sein, wenn der Parteidirigent auch bald mitteln können, dass die vier Jahre nach der Revolution "in Fluss gebracht" Frage zu einem tatsächlichen Ergebnis gebracht worden ist.

Die Konzentration in Oberschlesien. Durch den Abschluss einer Interessengemeinschaft, die abgesehen von einigen Ausnahmen, ganz den Charakter einer Verschmelzung von Unternehmungen trägt, haben die Linke-Hofmann-Wauchope-Werke in Breslau zusammen mit der Oberschlesischen Eisenindustrie-A.G. einen Trust gegründet, der den Interessbereich der schlesischen Maschinenfabrik bis auf die Kohle und die Walzfabrik hin ausdehnt und der vor allem den USG-Konzern, den Großkonzern der Unte-Hofmann-Werke, mit der oberschlesischen Schwerindustrie zusammenbringt. Das Projekt, die Interessengemeinschaft noch weiter nach Oberschlesien hin auszubauen, indem man ihn mit der Maschinenfabrik, Königshütte und Laurahütte in Verbindung bringt, ist gescheitert. Stattdessen hat sich jetzt der Stinnes-Konzern in Oberschlesien zunächst mittelbar eine herausragende Stellung gesichert. Die Bismarckhütte, die zum Konzern des Großindustriellen Bild gehört, hat einen großen Posten von Stahl der Rottweiler U.G. für Bergbau und Hüttenbetrieb erworben. Nun steht der Stahl-Konzern dem Stinnes-Konzern nahe. Wenn die neue Konzentration, die hier ankommt, auch nicht äußerlich in Erscheinung tritt, so ist doch damit der Grund gelegt für eine Erweiterung des Stinnes-Konzerns, der neuerdings seine ungarisch-südostasiatischen Beziehungen ausgebaut und in Südmaleitzi tätig gewesen ist, und zwar auf einem Gebiete, das er bisher vollkommen vernachlässigt hat. Solange der Staatenkampf um Oberschlesien ging, hielten sich die großindustriellen Konzerne des Westens von Transaktionen fern. Nachdem Oberschlesien geteilt ist, entdecken sie ihren Patriotismus.

gezogtem Holz fast vollständig verbraucht wurden. Gut abgelagertes Holz ist daher knapp, und in vielen Fällen macht es die Knappheit an Gelenktreppen unmöglich, sich auf die natürliche Methode der Abtragung zu bestellen. Nun werden zwar jüngst einige Verfahren des künstlichen Alterns von Holz ausgeschüttet, doch haben diese, wie verlautet, nicht immer viel bestanden. Durch Abhandlung heißer Luft den Feuchtigkeitsgehalt des Holzes bis auf 10 v. H. zu vermindern, ist ein verhältnismäßig einfaches Verfahren, und Holz, das in dieser Weise behandelt wurde, ist sicherlich trocken. Doch bleiben, falls die Temperatur nicht über 60 Grad Celsius hinausgeht, alle die oben erwähnten Veränderungen des Stoffes in den Zellen unverändert; nachträglich beginnen sie dann bestimmte Komponenten langsam zu oxydieren, was von einer Kontraktionsziehung des Zellvolumens begleitet ist. Das Ergebnis ist also, dass das Holz doch allmählich schwumpft, wie es getrocknet würde, wenn man es im grünen Zustand verwendet hätte.

Ein anderes Verfahren besteht darin, den Saft vor der Trocknung durch Behandlung des Holzes mit Kalk oder heißem Wasser zu entfernen. Auf diese Weise kann man sicherlich die organischen Bestandteile des Zellstoffes ausmerzen und es erreichen, dass nach dem Trocknen das Holz beständig bleibt. Allein die Zellen bleiben hoch und das Holz besitzt die selben Defekte wie vorhin. Hingegen erfüllt das Öl an diesen Bedingungen. Es ist imstande, genau die selben Erfahrungen und Resultate herzugeben wie das Altern an der Luft, jedoch viel schneller, etwa in dem 300. Teil der sonst üblichen Zeit. Beim Ozonverfahren wird das Holz der vereinigten Einwirkung mäßiger Wärme und des Ozons ausgesetzt, wodurch gleichzeitig eine Verdampfung des Wassers und Oxydation der organischen Komponenten des Zellstoffes eintreten. Das etwa 10 bis 15 Tage zeitige das Holz, wie angegeben, trocken, alle die Eigenschaften eines 10 Jahre alten Holzes ergeben. Die direkt erbaute Anlage, die das Ozonverfahren ausführen, sollen sehr zufriedenstellend arbeiten.

